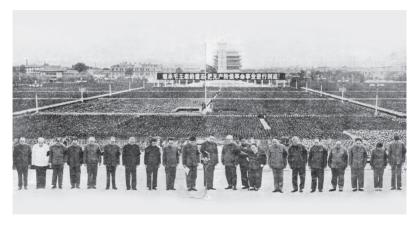
auch für die internationale kommunistische Bewegung und den Kampf gegen imperialistische Unterdrückung gespielt habe. Es gelte, die Erfolge der Kulturrevolution zu verteidigen und den Kampf gegen revisionistische Kräfte fortzusetzen. Der Parteivorsitzende und Übervater der Kommunistischen Partei Chinas war tot. Die Bewahrung seines ideologischen Erbes aber sollte auch in Zukunft sicherstellen, dass die Volksrepublik China nicht «die Farbe wechsele» und die sozialistische Revolution verrate. Mao Zedong selbst hatte in seinem letzten Lebensjahrzehnt eine solche Entwicklung durchaus für möglich gehalten. Bereits im Juli 1966 hatte er in einem Brief an seine Frau Jiang Qing gemutmaßt, dass reaktionäre Kräfte nach seinem Tod die Oberhand gewinnen könnten. «Wenn China von einem antikommunistischen Staatsstreich der Rechten überrascht werden sollte, so kann ich mit Bestimmtheit voraussagen, dass sie keine Ruhe haben würden.»² Progressive gesellschaftliche Strömungen würden, gestützt auf sein Schriftgut, Widerstand leisten und damit die Dialektik des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution bis in alle Ewigkeit fortschreiben. An das Erreichen eines friedlichen kommunistischen Endstadiums der Geschichte glaubte der greise Diktator nicht mehr.

Die gesellschaftlichen Reaktionen auf Mao Zedongs Tod waren facettenreich. Hunderte Millionen Menschen nahmen an den obligatorischen Trauerfeiern teil, die eilends in jeder Arbeitseinheit und Volkskommune des Landes organisiert wurden. Die wenigen ausländischen Journalisten beobachteten aber auch Beispiele spontaner Trauerbekundung. So berichtete die New York Times von rund 2000 Personen, die sich unmittelbar nach der Radiomitteilung mit schwarzen Trauerarmbändern auf dem Platz des Himmlischen Friedens versammelt hätten.³ Gerichtsakten aus der Hauptstadt Beijing machten jedoch auch zahlreiche Fälle aktenkundig, in denen das Ableben des Parteivorsitzenden mit weniger Bestürzung aufgenommen worden war. So hatten zwei Männer mittleren Alters die Todesmeldung zu Hause mit hochprozentigem Hirseschnaps und Hochrufen «Lange verrotte der Große Vorsitzende!» gefeiert. 4 Nachdem Nachbarn den Vorfall der örtlichen Polizeidienststelle zur Kenntnis gebracht hatten, wurden die beiden verhaftet und Anfang Februar 1978 vom lokalen Bezirksgericht zu einer Todesstrafe mit zweijährigem Aufschub respektive zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie das Ansehen des Sozialismus auf das Schändlichste befleckt hätten. Es sollte nicht einmal zwölf Monate dauern, bis dasselbe Gericht die Urteile revidierte und eine vollständige Rehabilitierung aussprach. Nunmehr wurde argumentiert, das Verhalten der Angeklagten sei zwar kritikwürdig, stelle aber keine Straftat dar. Folglich wurde das ursprüngliche Urteil aufgehoben und während der Haftzeit entgangene Lohnleistungen wurden nachträglich ausgezahlt.

Wie auch im Fall anderer Krisenereignisse, etwa nach dem desaströsen Erdbeben in der nordchinesischen Stadt Tangshan Ende Juli 1976 mit rund einer Viertelmillion Toten, reagierten die chinesischen Behörden zunächst mit maximaler Härte auf abweichende Ansichten oder Gerüchte. Nach dem Tod Mao Zedongs hatten die Polizeibehörden und Gerichte daher alle Hände voll zu tun. Selbst für die unzureichende Zurschaustellung von Betroffenheit wurden bis zu fünf Jahre Haft verhängt.⁵ Besondere Aufmerksamkeit galt den Mitgliedern der «schwarzen Klassen», den als historischen Feinden gebrandmarkten Eliten der nationalchinesischen Vorgängerregierung unter Führung Chiang Kai-sheks. Aber auch andere Arten von «Konterrevolutionären» oder als sozial deviant erachtete «schlechte Elemente» wurden zu den Klassenfeinden gezählt, die es zu unterdrücken und umzuerziehen galt. Hierzu gehörte etwa ein vormaliger Zivilpolizist der nordchinesischen Kollaborationsregierung unter japanischer Besatzung, dessen heimische Reaktion auf die Radiomeldung gerichtlich wie folgt protokolliert wurde: «Nicht übel. Der tragende Pfeiler der Kommunisten kann als eingestürzt betrachtet werden.»⁶ Am Folgetag kritisierte er seine Tochter, die von ihm Geld für den Kauf eines schwarzen Trauerarmbands erbat: «Als deine Mutter gestorben ist, hast du kein solches Armband getragen. Jetzt, da der Vorsitzende Mao gestorben ist, möchtest du eines überziehen. Steht dir der Vorsitzende Mao näher als deine Mutter?» Er selbst weigerte sich hartnäckig, ein entsprechendes Zeichen der Trauer anzulegen. Seine Tochter hinterbrachte seine Äußerungen den Behörden. Für seine Kritik erhielt er im Juli 1977 sieben Jahre Haft. Im Dezember 1978 wurde die Strafe mit der knappen Begründung aufgehoben, dass er nicht konkret geplant habe, das sozialistische System zu stürzen.

Während im Fall des Zivilpolizisten die Annahme einer grundsätzlichen Ablehnung der Parteiherrschaft durchaus einen realen Hintergrund hatte, handelte es sich in vielen anderen Fällen um Kritik an individuell als ungerecht empfundener Behandlung. Ein Bauer aus dem



Die versammelte Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China auf der Trauerfeier für Mao Zedong auf dem Platz des Himmlischen Friedens, 18. September 1976

Beijinger Umland etwa hatte im persönlichen Gespräch mit Nachbarn seinem Ärger freien Lauf gelassen: «Er hätte früher sterben sollen. Ich bin in der Kulturrevolution elfmal zusammengeschlagen worden. Zweimal hat man mich fast aufgeknüpft. Während der Kampagne der Vier Säuberungen [im Jahr 1965] wurde ich 29 Tage am Stück kritisiert. Meine Parteimitgliedschaft habe ich auch verloren. [...] Ich habe nichts zu essen, und egal an wen ich mich wende, es kümmert niemanden. Jetzt da er tot ist, werden die [Volks]kommunen zwangsläufig auch zusammenbrechen.»⁷ Die von seinem Kollegen pflichtschuldig der Partei gemeldeten Äußerungen brachten ihm eine Anklage aufgrund systemfeindlicher, «bösartiger Angriffe» und fünf Jahre Haft ein. Auch in diesem Fall kam es zu einer überraschenden Wende. Mitte Dezember 1978 wurde die Strafe ausgesetzt. Die Reaktion sei verständlich gewesen, äußerten nun die Richter, da der Beklagte Ende 1966 halb totgeschlagen worden sei. Das Urteil müsse aufgehoben und dem Beschuldigten verdeutlicht werden, dass er seinen Hass in Verkennung der wahren Tatsachen auf Mao Zedong projiziert habe, statt die wahren Schuldigen auszumachen. Die Verantwortung für die chaotischen Zustände seit Ausbruch der Kulturrevolution im Jahr 1966 trage die «Viererbande», da diese sowohl die dörflichen Beziehungen zerstört als auch die Gedankenwelt des Beklagten verwirrt habe.

Den Begriff der Viererbande hatte Mao Zedong selbst im Jahr 1974 geprägt, aber nur im Kreis seiner engsten Vertrauten verwendet, um die



Die symbolische Auslöschung der Viererbande in den Staatsmedien nach ihrem Sturz

im Oktober 1976

lose Allianz zwischen seiner Frau Jiang Qing, den beiden Parteitheoretikern Zhang Chungiao und Yao Wenyuan sowie dem früheren Shanghaier Arbeiterführer Wang Hongwen zu kritisieren. Es hatte sich um eine Warnung an seine radikalen Gefolgsleute gehandelt, sich nicht zu einer Fraktion zusammenzuschließen, sondern die Einheit der Partei im Blick zu behalten. Einen Monat nach dem Tod Mao Zedongs waren die vier in einem Putsch unter Führung von Maos Nachfolger Hua Guofeng verhaftet worden. Berühmt wurde in diesem Zusammenhang der gezielte Abdruck eines retuschierten Fotos der versammelten Parteiführung anlässlich der Trauerfeier für den verstorbenen Parteivorsitzenden am 18. September 1976 auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Das Sprachrohr der Partei, die Volkszeitung, hatte das Original am Folgetag veröffentlicht. Im November erschien nun in der Bildzeitung des Volkes, der damals auflagenstärksten Zeitschrift des Landes sowie in ihren in fünf Sprachen gedruckten Ablegern für Auslandspropaganda, darunter auch die auf Deutsch erscheinende Zeitschrift China im Bild, eine Reproduktion des Fotos. Auf diesem erinnerten nur mehr Leerstellen an die vier gestürzten Parteimitglieder. Ihre Namen wurden in der Bildunterschrift durch Kreuze ersetzt. Das Retuschieren von Bildern und Fotos war ein parteiintern übliches Instrument der visuellen Geschichtsklitterung. Das symbolische Auslöschen der nunmehr auch öffentlich als Viererbande bezeichneten Gruppe war jedoch ein in seiner Symbolkraft einzigartiger Vorgang in der Geschichte

der volksrepublikanischen Bildzensur. In den folgenden zwei Jahren wurden die vier in einer konzertierten Kampagne, gemeinsam mit dem 1971 verunglückten Verteidigungsminister Lin Biao, für die Wirren der Kulturrevolution und alle ihre negativen Begleiterscheinungen verantwortlich gemacht. Ende 1978 stimmten nun auch die Gerichte in diese übergeordnete Geschichtsdarstellung mit ein, indem sie vormalige Kritik an Mao als fehlgeleitete Wut auf die Viererbande deklarierten.

Aber nicht nur Kritiker Mao Zedongs erhoben nach dessen Tod ihre Stimme. In der ostchinesischen Provinz Jiangsu etwa verfasste ein 51-jähriger Arbeiter ein wütendes Pamphlet. Er schickte das Schreiben in dreifacher Ausführung an das Parteikomitee seiner Fabrik und hängte Abschriften öffentlich an prominenten Orten der Stadt Nanjing aus. Unter dem Titel «Der Vorsitzende Mao ist in Wahrheit gar nicht gestorben!» attackierte er die stellvertretenden Parteivorsitzenden Hua Guofeng und Wang Hongwen als Usurpatoren, die durch die Verbreitung von Gerüchten über den angeblichen Tod Mao Zedongs einen Putsch verschleiern wollten. Unter Berufung auf standhafte Kämpfer aus der chinesischen Überlieferung, insbesondere aus dem berühmten Roman Die Räuber vom Liangshan-Moor, verweigerte er der aktuellen Regierung die Anerkennung. Stattdessen erklärte er ihr den Krieg und schwor, der politischen Linie Mao Zedongs und den Idealen des Sozialismus trotz aller Widernisse weiterhin die Treue zu halten.⁸ Mit dieser Haltung war er nicht allein. Deng Xiaoping schätzte noch im September 1979, dass ein Drittel der Bevölkerung der Reformpolitik ablehnend gegenüberstand.9 Im konkreten Fall nahmen die örtlichen Sicherheitsorgane den Arbeiter für ein halbes Jahr in Untersuchungshaft und entließen ihn schließlich mit dem Hinweis, dass es sich um einen Fall von Geisteskrankheit handele, der nicht strafrechtlich geahndet werden könne. Nur wenige Tage nach seiner Freilassung verfasste der Arbeiter seinen nächsten Brandbrief. Seine Kritik galt dem nunmehr offiziell zum Parteivorsitzenden gewählten Hua Guofeng, den er als legitimen Erben des verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou Enlai bezeichnete. Auch bei Zhou habe es sich um einen verkappten Kapitalisten gehandelt, der durch Einführung materieller Anreize versucht habe, den chinesischen Sozialismus von innen zu zerstören und die politischen Ideale Mao Zedongs zu verraten. Die Kritik wurde von der Polizei zwar erneut zu den Akten genommen, aber nicht länger als Straftat verfolgt.